

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
 erscheint täglich Morgens außer Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei
 in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonement
 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf.
 (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr
 beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige.
 Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr
 Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-
 Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die preussische Kirchenpolitik.

Ob nunmehr der sogenannte Kulturkampf zu Ende ist?

Die geschmackvolle Phrase vom „Kulturkampf“ für den Streit zwischen dem Ultramontanismus und der preussischen Regierung hat bekanntlich Herr Professor Birchow erfinden. Wenn der Herr Professor auf den heutigen Stand des Verhältnisses zwischen dem Staat und der römischen Kurie hinblickt, mag's ihn nicht übel verdrießen, das vielbesungene Wort in die Welt hinaus geschleudert zu haben. Der politische Scharfblick des Herrn Professors hat sich wieder einmal schlecht bewährt. Da hat es Georg Herwegh, der kein Professor, sondern „nur“ ein Dichter war, besser getroffen. Als vor vierzehn Jahren die heftigen Verfolgungen gegen die Ultramontanen im Schwunge waren, meinte er, wenn man jetzt auch viele „Schwarze“ verreiben sähe, so würden sie doch wieder kommen. Der Dichter hat, wie man sieht, Recht gehabt; der Professor aber mag seinen „Kulturkampf“ in den Rauchfang hängen, wenn er es nicht schon längst gethan hat.

Daß der „Kulturkampf“ zu Ende ist, kann kein vernünftiger Mensch bezweifeln. Aber er ist nicht erst heute zu Ende. Er hörte auf, seitdem in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ angekündigt wurde, dieser Kulturkampf sei ein Unglück für Reich und Volk. Und das ist wohl schon acht bis neun Jahre her. Bald darauf kamen ja auch die Novellen zu den kirchenpolitischen Gesetzen, jene schrittweise Annäherung des preussischen Staats und der Kurie. Der Reichstanzler erklärte ja ganz offen, daß man die Waffen einwerfen „auf dem Festboden aufhängen“ wolle. Inzwischen leistete das Zentrum seine Gegengefälligkeiten, indem es der neuen Zoll- und Wirtschaftspolitik seine Zustimmung gab. Der „Kulturkampf“ spaltete nur noch als ein Gespenst in den Reden der ultramontanen Parlamentarier und Agitatoren; er diente als Beschwichtigungsmittel für die intransigenten Massen der ultramontanen Wähler, die jedes Sakrileg mit der ihnen als „liberal“ und „protestantisch“ geschilderten Staatsgewalt verwarfen. Windthorst und Genossen entwickelten bei solchen Gelegenheiten eine demagogische Kunst, die kaum ihres Gleichen gehabt hat. Die Frage dabei ist nur, wie lange die Täuschung vorhalten kann. Einmal muß der Nebel ja doch zerfliegen, mit dem die ultramontanen Wortführer die Gewissenwelt der von ihnen vertretenen Volktheile bedeckt haben.

Welcher Art wird nun die Wirkung der neuen kirchenpolitischen Vorlage sein. Das läßt sich nur mutmaßen, aber nicht entscheiden. Die ultramontanen Organe

verhalten sich sehr vorsichtig, wie gewöhnlich bei solchen Fällen, nur das Blatt des Herrn von Schorlemer-Alst hat sich mit einiger Entschiedenheit ausgesprochen und seiner Unzufriedenheit deutlichen Ausdruck gegeben. Die nationalliberalen Blätter haben mit Begeisterung von dem geliebten „Kulturkampf“ Abschied genommen, der die schattenhafte Grundlage für die schattenhafte Existenz dieser Partei gebildet hat. Im Uebrigen hat der Nationalliberalismus seine Bereitwilligkeit, sich in die neue Situation zu fügen, bereits zu erkennen gegeben. Er wird die Birkel der Regierung und die des Papstes nicht stören, wenn es von ihm verlangt wird. Natürlich ist das „edler und aufopferungsvoller Patriotismus“. Kann man denn auch mehr von diesen gewissenhaften Leuten verlangen?

Nationalliberalismus und Zentrum werden den Mangel eines akuten Kulturkampfes gleichmäßig verspüren. Man mag momentan die kirchenpolitische Vorlage als einen Erfolg des Zentrums betrachten, denn die Reichsregierung hat in der That erstaunliche Zugeständnisse gemacht. Sie will die Heranbildung der katholischen Geistlichkeit in die Hände der Kirche zurückgeben; sie will den bekanteten geistlichen Gerichtshof, der einst die Bischöfe absetzte, aufheben, und sie will alles Disziplinarverfahren gegen die Geistlichkeit wieder der Kirche selbst überlassen. Das ist viel und was von der Majestät noch übrig bleibt, darauf läßt sich kein Kulturkampf mehr begründen.

Aber uns scheint, dem Zentrum ist gar nicht wohl bei diesem Sieg, wenn man es so nennen darf. Eines steht von vornherein fest: Wenn das Zentrum die Offerte der Regierung annimmt, dann giebt es seinen oppositionellen Charakter auf und das ist der Anfang vom Ende seiner Existenz.

Wir haben dem „Kulturkampf“ immer kühl gegenüber gestanden. Es gab für uns aber auch kaum etwas Widerwärtigeres, als die hohlen Tiraden der Nationalliberalen gegen Rom. Jeder nationalliberale Marktschreier glaubte oder behauptete, der Geist Ulrichs von Hutten sei über ihn gekommen. Da konnte man mit dem Dichter sagen:

„Ich lach' und sprach: „Ihr Zwerge, Wenn ihr auch aus dem Kothe ragt, Seid ihr doch keine Berge.“

Im Zentrum waren eine Menge von gut konstitutionellen Elementen, viel fester und gestimmungstüchtiger — im ersten Sinn! — als aller Nationalliberalismus. Allein mit der Windthorst'schen Schaukelpolitik verlor das Zentrum die politischen Zähne; die Partei nahm einen ganz diplomatisirenden Charakter an. Wir sehen sie ohne Bedauern scheiden an dem Tage, da sie

Vorgedacht eines neuen Triumphes, indem er hoffte, sie zum Geständnis zu bringen. Da, auf der Höhe seines stolzen Selbstgeföhls, machte er die vernichtende Entdeckung, welche ihn als schlechten Wächter und unzuverlässigen Beamten stempelte. Was ihn aber vollends aus der Fassung brachte, war das beschämende Bewußtsein, selbst geschlafen zu haben. Und wenn es nur Niemand gewußt hätte! Aber Möller konnte es bezeugen und so durfte er seine Unterbeamten noch nicht einmal so schärf tadeln, wie er es gern gethan hätte.

Seine ganze Wuth richtete sich nun gegen die Schloßangehörigen und in erster Linie gegen die Baronin. Diese bewahrte aber im Vollgefühl ihrer Unschuld ihre ruhige Haltung und Würde.

„Ich habe zu Erna's Befreiung nichts beigetragen“, sagte sie gefaßt. „Dieselbe ist mir selbst ein Räthsel, das ich mir nicht zu erklären vermag.“

Natürlich schenkte ihr der Beamte keinen Glauben. Wie hätte er auch auf den Gedanken kommen sollen, daß hier ein nur Erna bekannter geheimer Gang existire. Viel näher liegend war es, daß die Baronin ihren Diebling mit Hilfe zweier Schlüssel befreit habe. Das Zimmer, in welchem Erna eingeschlossen gewesen, hatte zwei Thüren, vor deren mittlerer — den Fenstern gegenüber — Gollnow wachte. Eine Thür mündete auf die Galerie und zu dieser konnte die Baronin am ehesten und am unbemerktesten gelangen. Sie brauchte dann Erna nur die Treppe hinabzuführen, um sie mit einem zweiten Nachschlüssel ins Freie entlassen zu können.

Die Baronin konnte den Besitz solcher Schlüssel nicht ablegen, dieselben befanden sich aber in dem Parterrezimmer, in welchem der Kommissär und Möller überachtet hatten. Sie nun zu beschuldigen, daß sie die Schlüssel aus einem dort befindlichen Wandschrank und unter einer Menge anderer hervorgefucht und nach gelungener Befreiung wieder dort aufgehängt hatte, war so viel wie eine Selbstbeschuldigung. Das bedingte einen eisernen Schlaf der Beamten, welchen Gedanken jeder derselben natürlich mit Entrüstung von sich wies.

Möller sprach vermuthungsweise das Wort „Chloro-

sich auflösen wird. Und dieser Tag ist vielleicht nicht so fern, als Mancher glaubt.

Im Uebrigen sehen wir zu, wie die Sache ihren Gang nimmt und regen uns gewiß nicht darüber auf. Wir haben in diesen Dingen sehr kaltes Blut und für uns giebt es auch kein Kanossa.

Politische Uebersicht.

Das Sozialistengesetz vor dem Reichstage. Wir wollen hier ein kurzes Resumé über die beiden Verhandlungstage am 18. und 19. Februar geben. In Verbindung mit der Verlängerung des Sozialistengesetzes stand auch die Rechtsfertigungsschrift des Bundesraths über die Verhängung des Belagerungszustandes auf der Tagesordnung.

Vor der Tagesordnung beantragte der Abg. Hasenclever namens der sozialdemokratischen Fraktion die Trennung der beiden Punkte in der Diskussion. Dieser Antrag wurde nach längerer Geschäftsordnungsdebatte gegen die Stimmen der Konservativen angenommen und zunächst die Rechtsfertigungsschrift zur Debatte gestellt. Zuerst erhielt der Abg. Bierck das Wort, der in längerer sachlicher Rede eine große Anzahl von Fällen mittheilte, die in der That zeigen, daß die Rechtsfertigung der Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes auf recht schwachen Füßen steht. Nach Bierck sprach der Abg. Frohme, der in äußerst schneidiger Weise den Minister Herrn von Buttkamer angriff, welcher bis dahin ganz schweigsam seinen langen Bart gestrichen hatte. Für die Uebelthaten einzelner unserer Polizeibeamten machte Frohme das gegenwärtig herrschende System verantwortlich. Nunmehr suchte ein Strahl der Erregung über das Gesicht des Ministers — er machte sich einige Notizen. Als aber der Redner die bekannte Frankfurter Kirchhofsaftaire in drastischer Weise schilderte und das Auftreten der dortigen Polizei mit vernichtenden Worten geißelte, zugleich auch für diese Polizeiaftaire das herrschende System als verantwortlich hinstellte, da rückte Herr von Buttkamer unruhig auf dem Stuhle hin und her und man merkte, daß er erwidern wollte. Das geschah denn auch, mit der Bemerkung, daß er nicht die Absicht gehabt habe bei der Belagerungsdebatte das Wort zu ergreifen, doch habe ihn der Abgeordnete in einer Weise angegriffen, die eine Antwort notwendig mache. Aber merkwürdig, Herr von Buttkamer hatte seine alte Schneidigkeit vollständig verloren und noch merkwürdiger, er entschuldigte sich damit, daß er den vielen Anklagen gegenüber sich nicht vorbereitet haben könne. Das mag ja seine Richtigkeit

form“ aus. Der Kommissär erfaßte den Gedanken bereitwillig und ließ Gollnow, während er das Personal einem kurzen, scharfen Verhöre unterwarf, nach diesem oder einem anderen Verhörmittel im ganzen Hause suchen. Der Beamte fand kein solches.

„Natürlich!“ brummte Romberg, als Jener ihm Bericht erstattete und die Drei zu einer kurzen Berathung zusammengetreten waren. „Wer das thut, der wird sich auch wohl hüten, eine Spur des angewandten Mittels zurückzulassen. Das Unerforschteste war, daß sie dasselbe mitammt dem dazu verwandten Taschentuche der Entflohenen mitgab, damit sie es eventuell noch an anderem Orte und bei dringender Gefahr mit demselben Erfolge anwende.“

„Schon möglich“, sagte Möller, dem seine Idee ausnehmend gut gefiel.

„Und in welcher Richtung, meinen Sie, werden wir die Geflüchtete nun zu suchen haben?“ fragte Möller.

„Zunächst im Schloß und in der Umgebung“, entgegnete der Kommissär. „Sie ist zu Fuß, wir sind erst gegen Morgen eingeschlafen, also kann Sie nach allgemeiner Berechnung noch nicht weit gekommen sein. Ist sie weder im Schloß noch in der Hütte irgend eines Getreuen in der nächsten Umgebung verborgen, so geht mein Augenmerk nach Stralsund und überhaupt nach den Hafenstädten. Wenn sie in Neu-Brandenburg, dem nächsten Eisenbahnknotenpunkt, umfliegt, konnte sie am ehesten Stettin erreichen, nach der anderen Richtung über Güstrow jede andere Hafenstadt, Lübeck, Kiel, Hamburg und Bremen, nach denen allen ich alsbald depeeschiren werde.“

„Sie glauben, daß sie, wie man im Hause ihres Vaters meinte, dem über's Meer gegangenen Geliebten nachgereist sei?“

„Warum nicht? Was soll man in dieser höchst mysteriösen Sache nicht glauben! Nach dem, was man uns in Mitrow über sie sagte, schloß ich auf irgend ein Familiengeheimniß, welches ich am ehesten durch das Verhör der Baronin zu enträthseln hoffte. Ihre nicht widerlegten Angaben deuten aber durchaus nicht auf ein solches. Es scheint Alles so natürlich und klar wie der Tag; das einzige noch übrig bleibende Verdachtsmoment ist die Vernichtung der Briefe.“

haben, deshalb hätte Herr von Puttkamer aber erst recht die allgemeinen Gesichtspunkte, welche die Regierungen zur Aufhebung der Maßregeln in den Belagerungsgebieten veranlassen, vom „höheren Gesichtspunkte“ aus darlegen müssen. Seltener aber hat man von demselben Herrn eine längere und gedankenreichere Rede gehört, als an diesem Tage. Der Abg. Singer antwortete zunächst dem Herrn Minister und sprach dann besonders über die Handhabung des Sozialistengesetzes in Berlin. Dabei berührte er unter großer Aufmerksamkeit des Hauses den bekannten Fall mit einem Herrn „Mahlow“, der als Metallarbeiter sich in einen Bezirksverein hatte einzeichnen lassen, der dann die Mitglieder zu Putschern aufreiste, ihnen Dynamitbomben anbot zu verbrecherischen Zwecken und sich später als ein Beamter der politischen Polizei mit Namen Thring entpuppte hat. Dieser Fall erregte in den verschiedensten Parteien höchstes Erstaunen und man war nicht nur bei den Sozialdemokraten der Meinung, daß das ganze herrschende System in der That von Einfluß auf detartige Einzelfälle sei. — Nach einigen weiteren kurzen Bemerkungen des Herrn Ministers und der Abg. Frohne, Singer und Heine wurde die Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung geschlossen. — Als erster Redner zur Verlängerung des Sozialistengesetzes sprach der volksparteiliche Abg. Mayer (Stuttgart). Derselbe verurteilte das Sozialistengesetz in schärfster Weise und wünschte die Abschaffung desselben im Namen der Humanität und im Namen der Ehre der deutschen Nation.

Der Abg. Bedel kennzeichnete, wie unsere Leser schon aus der gestrigen Nummer des Blattes wissen, den Standpunkt der einzelnen Parteien zum Sozialistengesetz und kam zu dem Resultat, daß die Entscheidung beim Zentrum liege und diese Entscheidung zu Gunsten der Verlängerung des Gesetzes ausfalle. — Die Debatte wurde nunmehr verlagert. Zuerst ergriff gestern der Minister von Puttkamer das Wort, um zu erklären, daß der Kriminalbeamte Thring (vulgo Mahlow) allerdings sich in einen Bezirksverein als Mitglied eingeschrieben habe, um zu spionieren, wenigstens um dort Kenntnis zu nehmen von dem, was ihm sonst unbekannt geblieben sei. Eine solche Thätigkeit sei nur zu billigen. (Rufe: Hört! Hört!) Thring bestreite aber, in irgend einer Weise die Mitglieder jenes Vereins zu ungesetzlichen Handlungen aufgeleitet zu haben. Dies müsse die Untersuchung lehren; er, der Minister, fordere den Abg. Singer auf, ihm die nötigen Beweise beizubringen, dann würde der Kriminalbeamte Thring exemplarisch bestraft werden. Der Minister besprach dann die Presse und erwähnte auch des sozialdemokratischen „Berl. Volksblatt“, welches die sozialdemokratischen Prinzipien streng vertrete, aber in einer Form, an der sich viele deutschfeindliche Blätter (Nur: Auch die „Norddeutsche Allgemeine“) ein Muster nehmen könnten. Man sehe daraus, daß die Regierung nicht den sozialdemokratischen Gedanken unterdrücken wolle, sondern nur die aufrührerische Form. — Der deutschfeindliche Abg. Meyer (Halle), der vor zwei Jahren noch für die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestimmt hatte, gab Namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß sie diesmal dem Gesetze ihre Zustimmung versagen würde. — Dr. Windthorst schlangelte sich wieder einmal um die direkte Entscheidung herum. Er erzählte von seinem Vorhaben, Verbesserungsvorschläge einzubringen, so in Bezug auf die Vereinsverbote und auf die Presse, außerdem solle der Belagerungsstatus nur für Berlin erhalten bleiben aus Gründen, die er nicht öffentlich aussprechen könne. Das seien doch Erleichterungen, die auch von den Sozialdemokraten mit Freuden begrüßt werden könnten. (Widerspruch bei denselben.) Dr. Marquardsen (national-liberal) schloß sich dem Wunsche des Abg. Windthorst an, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen und erklärte sich auch gegen die Dauer von fünf Jahren; er wolle, daß jeder neu gewählte Reichstag wenigstens in die Lage komme, dieses Gesetz zu prüfen. — Darauf erhielt noch der Abg. Geiser das Wort, der die Sozialdemokraten vor den Vorwürfen verwahrte, daß sie an die rohe Gewalt appellierten; daß thäten andere Leute. — Darauf wurde die Debatte ge-

Darauf muß man später zurückgreifen, wenn nichts anderes mehr übrig bleibt. Vorläufig gewinnen die Aussagen der Diener im Eichenbach'schen Hause an Wahrscheinlichkeit. Die Baronin ist offenbar verarmt und vielleicht auch tief verschuldet. Sie gesteht zu, Erna's einzige Vertraute und Mitwisslerin ihres Herzengheimnisses zu sein, das deren Vater nicht kannte. Warum sollte sie da nun nicht auf den Gedanken gekommen sein, die beiden Leuten zusammenzubringen und in einer Weise, welche sie selbst ihrer drückenden, vielleicht schon unerträglichen Lage für immer erlöste. Frauen sind die geborenen Heffler und haben immer ein Faible für dergleichen romanhafte Unternehmungen. Entweder machte nun Erna hier nur Station, um die Folgen ihres unbedachten Schrittes an einem Orte abzuwarten, an dem sie ihr Vater am allerwenigsten vermuten konnte; oder es war verabredet, daß ihr Verlobter, der vielleicht gar nicht mehr in Brasilien weilt, hierher komme, um sie dann weiter zu entführen. Man muß jeder solchen Vermutung Raum geben, so lange sie einen so starken Schein von Berechtigung hat.

„Es sind aber weder im Hause des Kommerzienrathes, noch in ihrer Tasche hier Briefe von ihrem Verlobten vorgefunden worden,“ wandte Gollnow beschneidend ein. „Dah! Was beweist das?“ entgegnete Romberg brüsk. „Wo ist das Geld, das sie entwendet? Wo sind die Briefe, die zwischen der Baronin und dem Kommerzienrath jugendlichermaßen gewechselt wurden? Das über diesem Verbrecher lagernde Geheimniß verdunkelt sich mit jedem Schritt, wird immer unentwirrbarer. Um so mehr liegt mir an seiner endlichen Enthüllung. Schade, schade, daß ich nicht zuerst verhörte! — Aber was nützt das Bedauern! Wir sind durch einen verstockten, an List und Mittel uns überlegenen Feind zurückgeworfen worden, aber nicht weit. Wir werden um so siegreicher vordringen und ihn aus allen seinen Verschanzungen werfen. In der Hauptstadt soll man darüber noch nichts erfahren. Ehe diese Niederlage dort bekannt wird, müssen wir hier einen zweiten und entscheidenden Sieg erringen. Durchlaufen wir nun rasch sämtliche Schloßräume, auch die Gewölbe, Fächer sind genug da. Dann bleibt Gollnow am Platz; Sie, Möller, forschen nach

Schloffen. — Der Abg. Singer stellte in einer persönlichen Bemerkung dem Minister von Puttkamer die Zeugen in der Sache Mahlow-Thring zur Verfügung. Dann wurde die Vorlage an eine Kommission verwiesen.

Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach! Das Vereins- und Versammlungsrecht ist bereits münchenschaftlich zusammengedrückt. An vielen Orten im geeinigten Deutschland wird fast jede Versammlung kurzweg auf Grund des Sozialistengesetzes verboten und bis jetzt hat noch kein Mann danach geklagt. Gelingt es den Vereinen oder Versammlungen, glückt den Strudel dieses Gesetzes zu umschiffen, so laufen sie hinterher Gefahr, an den Klippen, welche nach den Interpretationen der Gerichtshöfe im Vereinsgesetz vorhanden sind, zu scheitern. Kein Sterblicher weiß heute, wo die Politik anfängt oder aufhört; nach den bisherigen Entscheidungen werden die gewerkschaftlichen Vereine schon zu politischen, wenn sie für Einführung einer gesetzlich geregelten Arbeitszeit oder für Beseitigung der Kinderarbeit eintreten. In Folge dessen dürfen sie sich nicht zentralistiren! Mit obigen Fragen müssen sich aber die Arbeiter in den Fachvereinen beschäftigen, denn zum Blindeluhspielern und ähnlichem Firtelspiel bedürfen sie der Vereinigung nicht. Ohne Zentralisation hat jedoch die Kooperationsfreiheit einen ganz untergeordneten Werth und das Gesetz, welches den Arbeitern diese für sie absolut notwendige Freiheit garantiert, wird somit gleichsam aufgehoben. Doch unser vielfeitiges Versammlungsrecht giebt den Behörden noch weitere Handhaben. Der Begriff „Versammlung“ ist nirgends genau definiert. Die Gerichte sehen dort eine Versammlung, wo Personen zu einem bestimmten Zweck zusammenkommen und dieser Zweck die Behandlung öffentlicher Angelegenheiten ist. Wieviel Personen zur Bildung einer „Versammlung“ erforderlich sind, wird nicht gesagt. Wenn also zwei oder drei Bekannte sich an einen Kneiptisch oder in eine Privatwohnung begeben, um über Frauennarbeit oder ähnliches zu sprechen, so ist die „Versammlung“ fertig. Daß diese Schlußfolgerung keineswegs überbaltig aufzuweisen ist, zeigt eine Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten, nach welcher die Komitees der verschiedenen Vereine von jetzt an ihre „Versammlungen“ anmelden haben. Solche Komitees bestehen in den meisten Fällen aus wenigen Personen, die ganz bequem in irgend einer Privatwohnung ihre Beratungen abhalten können. Und da viele Vereine zwei oder sogar drei solche Komitees oder Ausschüsse mit bestimmtem Auftrage betraut haben, so dürften diese bei dem Umfang, den das Vereinswesen in Berlin angenommen hat, noch tausenden zählen, wobei noch in Betracht kommt, daß solche Komitees manchmal in einer Woche wiederholt zu Beratungen zusammentreten. Wie man sich die Ueberwachung dieser kolossalen Anzahl von „Versammlungen“ denkt, bleibt uns ein Räthsel. Man denke sich nur einmal in die Situation hinein, wenn an einem Abend 1000 solche Komitees ihre Sitzungen anmelden, ein Theil derselben vielleicht sogar — was ja Niemandem verwehrt werden kann — in Privatwohnungen. Welche eine Armee von Polizisten würde da Arbeit erhalten und wieviel tausend Schreiber würden nöthig sein, um die Berichte in die üblichen Akten einzutragen? Und nun gar die Ueberwachung in den Privatwohnungen! Am runden Tisch sitzt die Versammlung, bestehend aus drei bis fünf Personen, vis-a-vis hat der überwachende Beamte Platz genommen, der emsig die wichtigen Worte niederschreibt, welche in der „Versammlung“ bei langer Pflanze und inem Glase Punsch gesprochen werden. Doch noch weiter: Mittlerweile ist es Zeit zum Kaffeetrinken geworden und die „Versammlung“ verlagert sich auf ein Ständchen; dasselbe wiederholt sich, je nachdem die Teilnehmer das Bedürfnis zu einer weiteren Stärkung empfinden und so dürfte es nicht zu den Seltenheiten gehören, daß eine derartige „Versammlung“ 7 Stunden oder länger tagte. Der Beamte wäre wirklich zu bedauern, welcher zur Ueberwachung solcher „Versammlungen“ kommandirt würde. — Welchen Zweck die Ueberwachungen der Komitees haben soll, ist uns nicht ersichtlich. Abgesehen von der Unmöglichkeit, diese Maßregel strikte durchzuführen, würde damit noch keineswegs verhindert werden, daß sich Gruppen von Arbeitern unbewacht über politische und andere Angelegenheiten unterhalten. In hundertsten von Fabriken sitzen die Arbeiter während der Pausen in größeren oder kleineren Gruppen zusammen, und was in einer Fabrik besprochen wird, wandert mit Blitzschnelle von Mund zu Mund bis in die andere und weiter in die Arbeitermassen. Es ist heute nicht die geringste öffentliche Bekanntmachung nöthig, um tausende von Arbeitern von einem wichtigen Beschluß in wenigen Minuten in Kenntnis zu setzen. Mit der stetig zunehmenden Dichtigkeit der Bevölkerung schmiedet der Werth politischer Versammlungsrapporte und es dürfte daher nicht nur eine ganz undurchführbare, sondern auch überflüssige Aufgabe sein, die Komitees oder Ausschüsse der Vereine noch extra zu bewachen.

Wegmüßt wird in einem Artikel der „Concordia“, des bekannten Organs der Großindustriellen, gemacht. Es heißt da nämlich: „Nach Berichten der Tagesblätter (welcher?) haben die Führer der Sozialdemokraten für diesen (1)

der Flüchtigen auf dem Wege über Balle nach New-Streik, den wir gekommen sind, und am Stationsorte treffen wir auf dem Bahnhofe zusammen. Sie sehen Ihre Forschungen dann nordwärts fort und ich gehe nach der Hauptstadt, um mich nach dem Stande der Dinge zu erkundigen und wo möglich Fräulein Jenny zum Gesändniß zu bringen, die ohne Zweifel noch irgend etwas weiß, was uns wenigstens ein Fingerzeig in der Richtung werden kann, in der wir weiter zu suchen haben. Gollnow, Sie bleiben für die nächste Zeit im Schloß, machen bei Tage kleine Streifzüge in die Umgegend und lehren Abends hierher zurück, sehen, hören und berichten Alles, was Ihnen irgend der Beachtung werth erscheint. Halten Sie in erster Linie Ihr Auge auf die Baronin gerichtet, sie ist rasch verdächtig, und es könnte sich ereignen, daß wir sie doch noch verhaften lassen.“

Nach dieser flüchtigen Uebereinkunft handelten die Beamten.

Die Durchsuchung des Schlosses in allen seinen Theilen, selbst der Ruinen, blieb ohne jeden Erfolg; auch das Verhör der Diener hatte keinen Anhalt für die Flucht Ernas gegeben. Keiner wollte etwas gehört oder gesehen haben.

Von ihren fruchtlosen Bemühungen erschöpft und verstimmt, lehrten die Beamten zu einer letzten Rast nach dem uns bekannten Parierzimmer zurück, in welchem sie die Baronin fanden.

Diese blickte ihrem Kommen angstvoll entgegen; erst als sie die nur allzu offenkundige Entmuthigung auf ihren Miens sah, athmete sie erleichtert auf.

„Madame,“ sagte Romberg mit höhnischem Lächeln, „Sie sind Siegerin geblieben!“

„Ich glaube selbst,“ entgegnete die Andere, „es war ein Windmühlentamp. Ich werde mich bei diesem Resultat natürlich nicht beruhigen. Sobald Sie mich verlassen haben, werde auch ich nach der Hauptstadt aufbrechen. Erna's Vater darf diesen Schimpf auf seinem unschuldigen Kinde nicht ruhen lassen, so wenig wie ich mich einer solchen Vergewaltigung schweigend fügen werde. Ich werde dieses Verfahren an die große Glocke bringen, verlassen Sie sich

Winter in Bezug auf Arbeitseinstellungen Behaltungsregeln geben, welche von der Ermüdung ausgehen, daß durch die Arbeitseinstellungen der sozialdemokratischen Agitation alle Fälle viel Geld entzogen werde; geringe der Streik, geminn die Leiter der Lohnbewegung zu der Nacht über die Arbeiter; geringe der Streik nicht, so bliebe die Rückzahlung auf die sozialdemokratische Bewegung nicht auf. So seien die Leiter der Lohnbewegung durch den unglücklichen Ausgang zahlreicher Streiks kopfschüttel geworden und sollen (1) folgende eigenhändige Parole ausgegeben haben: „Die Fabrikherren wollen im Winter die ihnen verhafteten Arbeitervereine schädigen. Man droht vielfach die Arbeiter mit Entlassung, wenn sie nicht aus dem Fachverein austreten. Es es den so Bedrohnen oftmals sehr schwer werden wollen, sich gegen diese Zumuthung mit Wirkung zu emporkämpfen, so rufen wir, sich mit Klugheit zu benehmen und sich vor der Hand zu fügen. Ein braver Mann ändert zwar seine Ueberzeugung nicht, aber er kann zumellen in die Lage kommen, sie aus Klugheit zu verbergen. Die Fachvereine aber, deren Mitglieder theilweise so vergewaltigt werden, mögen beschließen: „Jedes Mitglied, das von den Besatzungen die über seinen Arbeitsorddienst zu entscheiden haben, in die Lage versetzt wird, entweder aus dem Fachverein auszutreten oder seine Beschäftigung zu verlieren, und dies dem Vorstande anzeigt, behält seine Mitgliedsrechte und werden ihm die Beiträge auf Wunsch gestundet, bis das Hinderniß beseitigt ist. Im Weiteren wird den Fachvereinen der Rath gegeben, sich im Winter Streiks zu vermeiden, da für dieselben aus Ueberzeugung nicht zu rechnen ist, man solle daher dem Streikregelwerden Aus aus dem Wege geben. Man solle Streik sammeln für die Zeit, die da kommt.“ — Die „N. A. B.“ bemerkt dazu: „Die Richtigkeit dieser Mittheilungen vorläufig festgestellt, würde aus denselben ein beachtenswerther Anhalt über das gegenseitige Verhältniß der Sozialdemokratie und der Fachvereine zu entnehmen sein, die bekanntlich beide hauptsächlich, gegenseitig nicht mit einander zu thun zu haben.“

Bis jetzt hat bekanntlich die „Nordd. Allg. Ztg.“ und auch ihr die gesammte Revillipresse bei jeder Gelegenheit im hauptel, die Leiter der Lohnbewegungen und der Fachvereine seien sozialdemokratische „Führer“. Demnach wären alle die sozialdemokratischen „Führer“ vor ihren eigenen Erfolgsworten, welche sie über die Arbeiter event. gewinnen lassen, bange. Es geht doch nichts über Revillipresse - Fogel. Fachvereine sind natürlich diesen Leuten längst ein Räthsel, obgleich deren Bestrebungen lediglich darauf abzielen, die geistige und materielle Lage ihrer Mitglieder und Berufsangehörigen zu verbessern. Alles, was in diesen Vereinen gesprochen wird, geschieht unter den Augen der Behörden, über jede Verhandlung wird von den Vereinen selbst ein Protokoll ausgenommen. Daß in diesen Vereinen auch Sozialdemokraten sind, weiß Jedermann und es wäre gewiß nicht recht sonderbar, wenn das nicht der Fall wäre. Die Einrichtungen werden aber lediglich zu gewerkschaftlichen Zwecken ausgenutzt, wie das ganz deutlich aus den regelmäßigen Belegungen und Abrechnungen zu ersehen ist, welche allen Beteiligten zugänglich sind. Die Behauptung, daß solche Gelder zu sozialdemokratischen Zwecken verbraucht werden, ist mithin ein Mißbrauch der Revillipresse. Und wenn in den Fachvereinen Protokolle wie die obigen gefaßt werden, so wirkt das kein schädliches Licht auf die Fachvereine, wohl aber auf solche Unternehmungen, welche auf Grund ihrer ökonomischen Macht ihren Arbeitern das Streben nach besseren Existenzbedingungen verbielen wollen. Solche Unternehmungen werden freilich mit Vorliebe von der „Nordd. Allg. Ztg.“ in Schutz genommen.

Die Londoner Krawalle werden immer räthselhafter, mehr wir über sie erfahren. Es steht jetzt fest, daß der Pampensproletarier, der den bekannten Unsturz verübte, kein Mann statt war — die mitlaufende Strochensjüngel eingeworfen. Wie war es möglich, daß eine solche Handvoll Menschen vor einem halben Dutzend Polizisten davonlaufenen wäre, ganze Stunde lang im thatfächlichen und ungestörten Besitze eines der reichsten Londoner Stadtviertel sein konnte? Siehen wir vor einem Räthsel, dessen Beantwortung schwieriger wird, wenn wir bedenken, daß das fragliche Stadtviertel in unmittelbarer Nähe vieler Kasernen und der Wohnungszentren gelegen ist. Die Annahme der Kopfschüttel reicht da nicht aus. Etwas Licht kommt in die Sache, wenn man die konservativen englischen Zeitungen lesen. In diesen wird das Ministerium Gladstone auf das Heftigste angegriffen, weil es sich unfähig erwiesen habe, die Ordnung zu wahren und das Eigentum zu schützen. Die Herren Tories wollen also die Krawalle politisch ausnutzen, aber, wie der bei uns übliche Ausdruck lautet: „fruchtlos“. Des Weiteren geben die konservativen Blätter sich Mühe, Beweis zu liefern, daß Herr Dymond ein sehr gefährlicher Mann sei und — von Herrn Gladstone protegirt werde. Die von den Toryblättern für Herrn Dymond gemachten Klagen wird durch den unseren Leitern bekannten Umstand, daß Herr Dymond bei der letzten Generalwahl im Jahre 1880 für die Tories gearbeitet, in eine eigenthümliche und höchst dämliche Beleuchtung gebracht. Spricht nicht eine

darauf; die Welt soll wissen, wie man mit fremden Bürgern verfährt, wenn es die bloße Entwicklung politischer Irthümer gilt.“

Der Kommissar hatte während dessen die Arme der Brust gekraut, als wollte er damit das unglückliche Wogen derselben gewaltig niederhalten. Zornvoll flammte aber sein Gesicht, seine Augen schossen stichtende Blitze.

„Also noch Hohn zum Verrath!“ sagte er dann mit leise vibrierender Stimme. „Der wissen Sie es nicht, Madam, daß der Herr Kommerzienrath Erna das seine Tochter aus seinem Hause entlocken und den Bankrott um eine halbe Million beraubt ist? Wissen Sie das nicht?“

Das Gesicht der Baronin überzog bei diesen Worten Tobtenblässe; sie starrte mit einem Ausdruck unglücklicher Entsetzen auf den Sprecher.

Freilich wußten Sie das nicht,“ fuhr Romberg demselben kalt an Hohn fort, „wie würden Sie sonst Erna Eichenbach so freundlich bei sich aufgenommen haben, Aussagen in Bezug auf sie so wohl erwogen und rasch mit einer so beispiellosen Kühnheit ihre Befreiung bewirkt haben, wie Sie es gethan. Aus allen diesen Gründen ist mich zu meinem Bedauern genöthigt, Ihnen noch lästig zu fallen. Herr Gollnow hier bittet um Ihre Freundschaft noch für einige Zeit, und möchte ich Sie suchen, ihm dieselben Rechte einzuräumen, welche Sie selbst, allerdings gezwungen, zugestanden. Wenn Sie alledem nichts wußten und von Erna Eichenbach Licht geführt wurden, dann muß Ihnen ja selbst die Klarstellung dieser Thatfachen und an der Bestrafung der Schuldigen liegen. Andernfalls würde man glauben müssen, daß Sie darum gewußt und so gezielte, gefehligen Strafe zu entziehen.“

Ein Bittern durchließ den starren Körper der Baronin ihre Züge blieben unverändert.

(Fortsetzung folgt.)

Wahrscheinlichen vorber not für Trud denso gut lesin" dem organisierte das hinter be dem i tabellen für gelobt, ver wolle. Die wenige T noch nicht Sinne ein Uebergang noch nicht war noch i hienach ei den Londr gewärtigt so beschle in denn das mit Leidt werden, a fand. Der gmuu, nicht abwendend im fern h — wohl au Wenn kommen die igen Kreise aus welche wischen Br king die Die Indus lura der i se für u bereit im d usist u Schritte nach heben der Gesell u m alle f und noch it wohen. U konipit zu Kolonialu Es ist i Arbeiter im der Jahre den Mitthe derstellter schlem- u langfunde der Profit folgen der arbeite lion zur U welche der macht doch heren, wel schelt" reden ihren Bedarf geischen In auch da, w wie das, w über wollen landwirtsch ausgehende Die hochlo Worten, d schon seit U noch leinsten. Wir dieser Beho nicht im U schen wieder zogen. Br Planen jem aber das C immer die U rden. Schule pla beide Part haltelnd gziehen An geben soll. lei unter i Wie letztere auf" über den Kopf d brüsch, d ist die gel Diese Um- Ginniga 2 Befäh niffen für besterend t auch mit se Sentrens die schwieri für die Ut ausständig gende: „W es sich um werde durd erfordern, i handelt, i bare Werk Maschinen Diese Defu abrie. In 6 demokrat 7/3 Jahre auf den 3 Sigu: Der e rnfmet d theilungen Es wi De d i unterrichtig Stabo. S beweis ver Anschlag i Die von i leste. Gal 12/755.48 noch ander

brücke u. s. w. erscheinen alle mit großen Spannweiten. Die Höhenlage von mehr als drei Meter über dem Hochwasser von 1855 bedingt eine erhebliche Einschränkung der Konstruktionshöhe, weshalb, um Anspannungen möglichst zu vermeiden, durchweg Eisenkonstruktion gewählt wird. Dabei ist für Interimsbrücken eine mobile Last von 170 Pfd., bei definitiven Brücken eine solche von 400 Pfd. angenommen, so daß die schwersten Dampfmaschinen (von 18 000 Pfd.) gefahrlos passieren können. Die Stadt hat u. A. vier große Spreibrücken, zwei Brücken über den Luisenstädtischen Kanal, drei über den Landwehrkanal, sechs über die Panke u. s. w. ausgeführt und die oben angegebene Summe aus Anleihen dabei aufgewendet, aus derselben allerdings allein für die Herstellung der Anspannungen 1 374 000 M. und an Entschädigungen der durch diese Kampe benachteiligten Anwohner 750 000 M. bestritten. Seit Kurzem ist in den Brückenbauten ein gewisser Stillstand eingetreten, weil die Verhandlungen wegen der Spreitregulierung noch schweben, nach deren Durchführung der Wasserstand sehr erheblich gesenkt und damit Konstruktionshöhe gewonnen sein wird, so daß die Brücken ohne größere Steigerungen und Anspannungen bequemer, billiger und in Steinbau (also dauerhafter) sich herstellen lassen.

Mit den Festungswerken Berlins hat man jetzt gründlich ausgeräumt. Selbst die letzten Reste des angeschütteten Grabens am Bullenwinkel und an der alten Köppler Brücke in der Neuen Hofstraße werden jetzt überbaut. Zum Friedensankern 1660 wurde zum ersten Male von den neuen Wällen kanonirt und im Jahre 1736 wurde zum letzten Male mit der Artillerie sämtliche Werke bei der Abreise des Polenkönigs Stanislaus Leszczyński beschoßt. So kurzlich hatte sich das so umfangreiche im Jahre 1658 begonnene Werk erwiesen. Und welche schwere Opfer hatte es der Stadt auferlegt! Die Zeitgenossen sahen den Festungsbau für eine Strafe des Himmels an; und da man damals noch keinen Tadel gegen die Regierung drucken zu lassen wagte, so „gingen darüber seltsame Diskursen.“ Seinen tiefsten Ingrimm aber vertraute man den Knöpfen der Kirchthürme an, wie z. B. die Eingänge des Bürgermeisters Parlung vom Jahre 1661 in dem Thurmkopf der Heiligengeistkirche bewies. Diese Eingänge stehen seltsam gegen die gedruckten Verherrlichungen offizieller Federen aus jener Zeit ab. Gleich lehrreich sind die Singsprüche der städtischen Behörden aus jener Zeit. Der Neuen Friedrichstraße sah man bis heute noch an, daß sie unmittelbar hinter dem Wall lag; gegenwärtig bekommt sie durch die Abriße ein gros ebenfalls ein Berlin's würdigeres Ansehen. Am oberen Ende standen die Ställe für die Karrenpferde und gleich daneben befanden sich die „Gruffen für den Gassenunflath“. Friedrich II. begann hier nach dem zweiten schlesischen Kriege aufzuräumen und von da datirt auch der einheitliche Name der Straße. Vorher hieß sie „Wall“, Pommeranzstraße, in den Baracken. Hinter dem Kommandantenhaus, Am Wall und Am Stralauer Thore“.

Mit den zahllosen Bauhandwerkern legen jetzt auch die Schiffer die Hände mäßig in den Schoof und sehen mit Sorgen in die Zukunft. Gerade in diesem Jahre sind bei der in Aussicht stehenden großen Bauhätigkeit die Ordres zur Lieferung von Baumaterialien, besonders Ziegelsteinen, ganz bedeutende und der anhaltende stärke Frost hemmt jeden Verlehr auf den Wasserstraßen auf eine bis jetzt noch unabsehbare Zeit. Hiedurch kommt es auch, daß der Preis der Ziegelsteine jetzt ein ganz bedeutender ist, weil der Transport nach Berlin aus dem Wasserwege zur Unmöglichkeit geworden.

Polizeibericht. Am 18. d. Mts., Vormittags, fiel ein Herr vor dem Grundstück Jerusalemstraße 27 nieder und brach das rechte Bein oberhalb des Kniegelenks. Er wurde mittelst Drofsale nach seiner Wohnung gebracht. — Zu derselben Zeit fiel ein Mann in Folge von Krämpfen vor dem Hause Michaelsstraße Nr. 48 nieder und erlitt dabei eine erhebliche Beschädigung des rechten Kniegelenks. — An demselben Tage, Nachmittags, wurde ein Herr, welcher auf der Charlottenburger Chaussee mit einem Pferde-Eisenbahnwagen um die Wette zu laufen versuchte, von einem ihm entgegenkommenden Pferdebahnwagen in der Nähe der „Flora“ in Folge seiner eigenen Unvorsichtigkeit erfaßt, niedergeworfen und am rechten Bein anscheinend nicht unerblich verletzt. Er mußte mittelst Drofsale nach der Charité gebracht werden. — An demselben Tage, Abends, wurde ein Mann auf dem Boden eines Hauses in der Fruchtstraße erhängt vorgefunden. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhaufe gebracht. — In der Nacht zum 19. d. M. gerieth in einem Zimmer des Hauses Friedrichstraße Nr. 84 ein an einem überheizten Ofen sitzendes Weib in Brand. Das Feuer wurde von Bewohnern ausgegossen. — Am 19. d. Mts., früh, wurde eine Frau in ihrer in der Naunynstraße Hof im Keller belegenen Wohnung todt aufgefunden. Es liegt anscheinend Selbstmord durch Vergiftung vor. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhaufe gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Das Denunziantenthum blüht jetzt in laum geahnter Weise, und ist es leider in seltenen Fällen möglich, demselben beizukommen. Um so erfreulicher ist es, berichten zu können, daß gestern ein solcher Denunziant, der Schneidermeister Karl Robert Emil Weiglin, der gegen seinen Widerpart, den Kunstflepper Masuschek (beide liegen in unzulässigen Prozessen) Anzeigen wegen Verurtheilung zum Meineide, Arrestbruch und Meineids angebracht hatte, wegen falscher Anschuldigung resp. Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist.

Reichsgerichts-Entscheidung. Leipzig, 18. Februar. (Polnisches von der letzten Reichstagswahl.) Zu dem Rittergutsbesitzer Brodnow in Wiele, Kreis Wirky, war einige Zeit vor der Reichstagswahl im Jahre 1884 ein Verwandter aus russisch-polen Namens Kotowili gekommen, um dort als Glor der Landwirtschaft thätig zu sein. Nebenbei wirkte er aber auch mit großem Eifer für die Wahl eines polnischen Abgeordneten. Er mochte wohl diese letztere Thätigkeit etwas zu sehr ausgedehnt haben, denn er erregte bald das Mißfallen, wenn auch nicht hauptsächlich das der Regierung, die damals noch nicht gegen die fremden Polen einschritt, so doch vor allen Dingen das seiner Gegner. Unter diesen war es namentlich der sich zur Konservation Partei zählende Rittergutsbesitzer Dr. jur. Adolf von Koczorowski in Dombro, der mit dem Verwandten seines Nachbarn nicht zufrieden war und vollends seine Geduld verlor, als K. bei Verkündigung des Wahlergebnisses Vorhaltungen machte, daß dieses nicht richtig sei. Mit Rücksicht hierauf schrieb Koczorowski an Brodnow einen Brief, worin er ihm sein Verhalten vorwarf und ihm anheim gab, 500 Mark als Sühne zu einer Kasse zu zahlen. In diesem Briefe hieß es u. A.: „Gew. Wohlgeboren haben hierdurch die Rechte der Gutsfreundschaft und der Kourtoisie verletzt u. s. w.“ Als Hr. auf diesen Brief nicht reagierte, ließ K. denselben drucken und in jener Gegend allgemein verbreiten. Nun wurde die Sache Herrn Pr. zu bunt und er ersandte Anzeige gegen Herrn v. K. wegen öffentlicher Beleidigung. Das Landgericht in Schneidemühl erkannte ihm denselben für schuldig und verurtheilte ihn zu 300 Mark Geldstrafe. Dem Verurtheilten war gleichzeitig die Refugung zugesprochen, den Urtheilsinstanz im Wäfler Kreisblatte bekannt zu machen. Nachdem dies geschehen, erließ K. in demselben Blatte ein umfangreiches Inserat, in welchem er, damit man sich von der Sachlage kein falsches Bild machen solle, den größten Theil der Begründung jenes Urtheils wiedergab. Natürlich kam darin auch der ominöse Brief vor und von demselben war gerade die inkriminierte Stelle mit selten lateinischen Lettern auf besondere Anweisung K.'s gedruckt worden, während der übrige Inhalt des Inserats in gewöhnlicher Frakturschrift hergestelt war. Dadurch fühlte sich von Brodnow wiederum beleidigt, und auf seinen Antrag

erhob die Staatsanwaltschaft adernals Anklage gegen K. In der Verhandlung vor dem Landgerichte in Schneidemühl am 11. Dezember v. J. behauptete der Angeklagte, er habe keinen juristischen Beistand, Herrn Rechtsanwalt von Burkski in Bromberg, vor der Veröffentlichung gefragt, ob er ein Urtheil in dieser Weise veröffentlichen dürfe, und dieser habe das bejaht; ihm selbst könne man daher nicht den Vorwurf machen, daß er das Bewußtsein der Beleidigung gehabt habe. Er habe sich nur dem Publikum gegenüber rechtfertigen und wiederum die Freiheit der Wahl betonen wollen. Das Gericht erachtete jedoch dies alles für unweithlich und führte aus: „Die Beleidigung verlor dadurch nicht den beleidigenden Charakter, daß sie in einem Urtheile enthalten war. Der Angeklagte hat das Bewußtsein von dem beleidigenden Charakter des Inserats gehabt, trotzdem er von seinem Rechtsanwalte jene Antwort bekommen hatte. Dem Angeklagten steht der Schutz des § 193 nicht zur Seite, weil die Anzeige nicht zum Schutze der Wahlfreiheit dienen sollte. Allerdings kann er diesen Schutz insoweit beanspruchen, als er sich gewissermaßen hat gegen den Vorwurf verwahrt wollen, der in der Veröffentlichung des Urtheils liegt. Hierzu erscheint auch die Veröffentlichung der Urtheilsgründe geeignet, aber hier wurde die Absicht der Beleidigung aus den Umständen der Veröffentlichung entnommen. Diese Umstände sind die Hervorhebung der beleidigenden Stelle durch lateinischen Druck und die Weglassung derjenigen Theile des Urtheils, welche zu einer objektiven Beurtheilung seitens des Publikums Veranlassung hätten geben können.“ Auf Grund dieser Ausführungen wurde der Angeklagte für schuldig erachtet und wieder zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt. — Gegen dieses Urtheil hatte der Angeklagte Revision eingelegt und unrichtige Auslegung des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) angeführt. Das Reichsgericht (IV. Strafsenat) war jedoch mit der Staatsanwaltschaft darin einig, daß die Angriffe sich nur gegen die tatsächlichen Feststellungen richteten und verwarf deshalb am 16. Februar die Revision.

Vereine und Versammlungen.

*** Aufruf an alle Lithographiesteinseifer. Kollegen!** Am 25. v. M. hat sich unter Fachverein seinen Vorstand gewählt, welcher heute als solcher zum ersten Mal den Ruf erschallen läßt, recht zahlreich in der Versammlung (s. Anz.) zu erscheinen. Wir müssen leider bedauern, daß der Indifferentismus noch so viele unserer Kollegen beherbergt. Wenn auch die Mitgliederzahl eine recht bedrückende ist, so fehlen doch noch immer eine große Zahl Kollegen, welche sich uns noch nicht angeschlossen. Trete also mit vollem Ernst dem Verein bei und strebe dahin, denselben zu einen blühenden zu machen, um somit Schritt für Schritt dem Ziele zuzusteuern, welches darin gipfelt, unsere soziale wie materielle Lage zu verbessern. Die Mitgliederarten welche noch nicht abgehoben sind, können ebenfalls in dieser Versammlung in Empfang genommen werden.

Im Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen sprach am Donnerstag, den 22. d. M. Herr Burisch über „Schiller's Leben und Wirken“. Der Redner verstand es in ausgezeichneter Weise, dieses Thema zu behandeln. Nur wenig Herzen waren diesmal erschienen und auch sie lauschten gleich den Damen mit gespannter Aufmerksamkeit den Worten des Redners. Zu weiterer Anregung wurde eine Diskussion über den Vortrag eröffnet und es meldete sich Herr Reichstagsabgeordneter Frohme zum Wort. Derselbe drückte seine Freude darüber aus, daß es noch ideal gefasste Menschen gäbe, die es sich angelagen sein lassen, den Werth der großen Geister der deutschen Nation dem Volke vorzuführen, der Gefahr, welche die Noth der Menschheit selbst empfinden und den Drang nach Freiheit in begeisterten und begeisterten Dramen und Gedichten darlegen. Es möchten wohl wenige Bürgerfamilien zu finden sein, in deren Behausung Schiller's Werke nicht Eingang gefunden hätten, aber in den Herzen der Besten — — — Bei diesen Worten löste der überwachende Polizeicommissar die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialisten-Gesetzes auf. Eine merkwürdige Anwendung dieses dehnbaren Paragraphen. Der Vorstand beabsichtigt, gegen diese Auflösung Beschwerde zu führen. Die Schritte hierzu sind bereits gethan.

Der Fachverein der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Uhrmacher und anderer Instrumentenmacher hielt am Mittwoch, den 17. Februar, bei Rüst, Kommandantenstraße Nr. 71-72, eine von über 300 Personen besuchte Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Reich über „gewerbliche Rechtfragen“. 2. Diskussion. 3. Fragebogen zur Statistik der Verhältnisse in unserem Gewerbe. Ref.: Herr A. Bremer. 4. Verschiedenes. 5. Fragekasten. 6. Ausgabe der Fragebogen. Punkt 1 und 2 wurden, da der Referent sich hatte wichtiger Angelegenheiten wegen entschuldigen lassen, von der Tagesordnung abgesetzt werden, und referierte Herr A. Bremer zum 3. Punkt derselben. Referent erläuterte in sehr eingehender Weise die Fragebogen und betonte die Nothwendigkeit derselben. Um unsere mäßliche Lage, schlechte Alford- und Lohnpreise, Verhinsungswesen u. v. beseitigen, müssen wir unbedingt erst die Statistik haben, damit wir auch mit Thatsachen rechnen können und nicht nur mit Vermuthungen. Referent ersuchte die Mitglieder, sich recht fleißig an dem Ausarbeiten der Statistiken zu betheiligen und dieselben dann dem Vereine wieder zustellen. Ein Antrag, die Fragebogen auch den Vereinsvätern zur Ausarbeitung zu unterbreiten, rief eine lebhaft Diskussion hervor und sprachen sich verschiedene Mitglieder dafür und dagegen aus. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages und zwar mit großer Majorität. Weiter warteten verschiedene Kollegen die Mitglieder, bei Herrn Rudwiz in Stellung zu treten, und kritisirten das Verhalten des Herrn Naglo, in Firma Gebr. Naglo, der, als ein Gehilfe, welcher aufhörte, sich von seinen Kollegen verabzählen wollte, ihn mit dem Hunde vom Hofe bringen ließ. Nach 1 Uhr schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung und nahm der größte Theil der Mitglieder sofort die Fragebogen in Empfang.

Fachverein der Töpfer Berlins und Umgegend. Am Sonntag, den 21. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Seefeld, Grenadierstr. 33. Tagesordnung: 1. Pflichten und Rechte beider Korperschaften im Töpferhandwerk. 2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Mitglieder werden aufgekommen, auch die Arbeitgeber haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

*** Vereinigung der deutschen Schmiede.** Sonnabend, den 20. Februar, Versammlung in Grätweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79. Tagesordnung: Vortrag. Austheilung der Fragebogen. Bericht über die Abrechnung und Verschiedenes. Gäste willkommen.

*** Vereinigung der deutschen Stellmacher (Mitgliedschaft Berlin).** Sonnabend, den 20. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, Versammlung. Tagesordnung: 1. Kasernenbericht vom IV. Quartal 1885. 2. Vortrag des Herrn Dr. Rüggenau über Reich und Klima. 3. Verschiedenes und Fragekasten. — Gäste haben Zutritt; neue Mitglieder werden aufgenommen.

*** Fachverein der Schlosser und Berufsgeoffenen.** Sonntag Vormittags 10 Uhr in Grätweil's Bierhallen (unterer Saal), Kommandantenstr. 77-79, Versammlung. T. D.: 1. Vortrag über Zweck und Ziele der Fachorganisation. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragekasten.

*** Oeffentliche Versammlung sämtlicher Bergolder Berlins** am Sonntag, den 21. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, im oberen Saal des Herrn Keller, Andreasstr. 21.

In der freireligiösen Gemeinde spricht am Sonntag Vormittags 10 Uhr Rosenthaler Straße 38 Herr Schäfer über:

„Die Religionsphilosophie Hegels.“ Zutritt steht Jedem frei. — Am Montag Abends 8 Uhr findet Niederwallstraße 20 eine beschließende Versammlung der Mitglieder statt. Die Mitglieder werden ersucht, rechtzeitig zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten zur Verhandlung gelangen.

*** Große öffentliche Versammlung sämtlicher Zug- und Papierarbeiter** am Sonntag, den 21. ds. Mts., Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Seefeld, Grenadierstr. 33. Vortrag des Herrn Boy über die Arbeiterbewegungen vom Jahre 1848 bis 1880. Diskussion. Verschiedenes. Die Meister aus den betreffenden Fabriken sind hiermit speziell eingeladen.

*** Zentraltrauen- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen in Deutschland** (E. S. 26 Offenbach a. M.) Sonnabend, den 20. Februar, Abends 8 Uhr, in Grätweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79, Vortragsversammlung zur außerordentlichen Generalversammlung am Sonntag, den 21. ds. und folgende Tage. Empfang der Abgeordneten und Verschiedenes. Mitglieder haben Zutritt.

*** Verein der Sattler und Fachgenossen.** Sonnabend, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in Grätweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Gäste willkommen.

Oeffentliche Versammlung der Tischler und Pianofortarbeiter Berlins am Sonntag, d. 21. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Keller's Lokal, Andreasstraße 21. Tagesordnung: 1. Obermeister Brandes und Genossen und deren Verhalten zur Ortstrankenkasse. 2. Die Antwort des Herrn Polzei-Präsidenten auf die Beschwerde der neuen Vorstandsmitglieder der Ortstafel. 3. Der Beschluß vom Bezirks-Ausschuß auf die Beschwerde. 4. Die jetzige Verwaltung und Leitung der Kasengeschäfte durch den provisorischen Kassendirektor Herrn Witte. Referent: W. Schmitz. — Sämtliche Tischler und Pianofortarbeiter, welche Mitglieder der Kasse sind, sowie Herr Obermeister Brandes sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. (Siehe die Anschlagtafel am Sonntagabend.)

*** Metallarbeiter Berlins und Umgegend.** Sonntag, den 28. Februar, öffentliche Versammlung sämtlicher Metallarbeiter. Tagesordnung: Wie stellen sich die Metallarbeiter zur Gründung einer Arbeitslosen Unterstützungskasse. Die Vorstände von Metallarbeiter-Fachvereinen werden ersucht, zu diesem Tage keine Versammlungen einzuberufen. Gäste durch Interat und Säulenanfall.

*** Fachverein der Tischler.** Montag, den 22. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Straße 10, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Urtage und wichtige Vereinsangelegenheiten. Quittungsbilanz legitimiert. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Referat zum Wiener Kasernenball am 13. März in der „Revue Ressource“, Kommandantenstr. 57, sind in der Versammlung zu haben. Die Zahlstellen des Vereins sind jeden Sonntagabend geöffnet und befinden sich bei Hülcher, Belle Alliance-Platz 6; Stramm, Salkystr. 18; Hahn, Pionierstraße 11; Häring, Müllerstr. 184 und Blumenstr. 56 (Tischlerherberge). Der Zentral-Arbeitsnachweis des Vereins befindet sich ebenfalls auf der Tischlerherberge. Die Arbeitsvermittlung geschieht für Meister und Gesellen unentgeltlich. Adressenausgabe am Rosenlagens von 8 1/2-10 Uhr Abends, Sonntags von 9 bis 11 Uhr Vormittags. Gesuche um Aufnahme von Gesellen können von den Meistern zu jeder Tageszeit in den auf der Herberge befindlichen Briefkasten gelegt werden.

General-Versammlung der Mitglieder des Vereins der Metallseifer zu Berlin am Sonntag, den 21. d. M., Vormittags 11 Uhr, bei Wolff und Krüger, Salkystr. Nr. 126.

Verein der Sattler und Fachgenossen. Sonnabend, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Grätweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Gäste willkommen. Um zahlreiches Besuch bitten der Vorstand.

*** Verein der Einseher (Tischler).** Sonntag, Vormittags 10 Uhr, Neue Friedrichstr. 44, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Stadtverordneten Herold. 2. Diskussion. 3. Innere Vereins-Angelegenheiten. 4. Fragekasten. Gäste willkommen.

Oeffentliche Versammlung der Drechsler und verwandten Berufsgeoffenen am Sonntag, Vorm. 10 Uhr, in Brüder's Salon, Gr. Frankfurterstr. 74-75. T. D.: 1. Die Arbeitslosen in der Steinmühl-Fabrik von G. Franke in Hannover Linden. 2. Verschiedenes. — Die nächsten Versammlung am Montag findet nicht statt.

Briefkasten der Redaktion.

Mehrere Fragesteller. Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein ist überhaupt nicht vollständig aufgelöst worden. Derselbe wurde im Frühjahr 1874 für Preußen verboten. Derselbe nahm der Verein seinen Sitz in Bremen. Er löste sich selbst auf durch seine Vereinigung mit der sogenannten Eisenacher Partei im Sommer 1875. — Der Präsident des Abgeordnetenhauses wird im Anfang der Legislaturperiode 6 Wochen gewählt. Dann findet die Neuwahl für den Rest der Session statt. Und zu Anfang jeder neuen Session wird wieder eine Neuwahl erforderlich. Somit findet in jeder dreijährigen Legislaturperiode viermal Präsidentenwahl statt.

Frauenlob. Wenn Sie überhaupt Anspruch auf Anerkennung in rüstung Ihrer Einsendungen erheben, so können wir nicht verlangen, daß Sie mit Ihrem Namen hervortreten. Anonyme oder pseudonyme Zuschriften können wir nicht berücksichtigen. M. R. 100. 1. Wenn der Berichtsvollzieher bei dem verurtheilt sein. Wenden Sie sich doch an den Rechtsanwalter der Ihren Prozeß geführt hat. 2. Wenn es in Ihrer Wohnung zu hoch, daß die Wände und Ihre Sachen verberben können Sie wegen Gesundheitsgefährlichkeit der Wohnung heraus, so beanspruchen Sie beim Amtsgericht den Erlaß einer einstweiligen Verfügung.

S. Jerusalemstr. 1. Sie können die von Ihnen als das Schneidergeschäft gearbeiteten Sachen bis zur Zahlung Ihres Arbeitslohnes zurückbehalten, wenn nicht etwa, wie Sie in vielen Geschäften der Fall, die Vereinbarung getroffen ist, daß Sie erst nach unbeantwörter Abnahme der Arbeit einem bestimmten Wochentage Lohn erhalten. 2. Sie brauchen Ihrem Wirth nicht zu gestatten, Ihre Wohnung zu betreten, ohne daß Sie für die Zeit nach Ihrer Entlassung Anspruch haben.

S. R. Leipzigerstr. 69 Jahre. E. Bis zum zurückgelegten vierten Jahre wird das eheliche Kind auf Kosten des Vaters von der Mutter erzogen und erzogen; von da ab kann der Vater die Verpflegung und Erziehung selbst besorgen.

S. S. 1) Sie müssen Ihre Forderung gegen den Schuldner gerichtlich auslagern oder doch, falls Sie von dem Schuldner die Forderung nicht erwarten, beim Amtsgericht einen Zahlungsbefehl gegen ihn beantragen. Wenn Sie dem Schuldner ein vollstreckbares Urtheil haben, lassen Sie die von Ihnen erwähnten Sachen durch den Gerichtsvollzieher pfänden und veräußern. — 2) Wenn bei Ihrem Engagement nicht etwa eine bestimmte Kündigungsfrist vereinbart ist, können Sie jeden Tag kündigen, ohne daß Sie für die Zeit nach Ihrer Entlassung Anspruch haben.

Richard 456. Sie müssen dem Vormundschaftsgericht den Nachweis führen, daß Sie ein Interesse daran haben, Ihren Schwester wegen Abwesenheit unter Vormundschaft zu setzen zu lassen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

50. Sitzung vom 19. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Reichlicher, von Kattamer und Kommissarien. Die Tribünen sind überfüllt.

Vor der Tagesordnung erhält der Abg. Dirichlet das Wort, der die Neuerung des Abg. Graf Behr in der Sitzung vom 13. Februar d. J. anlässlich des Antrogs...

Da ich nicht nur die Ehre gehabt habe, dem verstorbenen Grafen, meinem damaligen Fakultätsgenossen, persönlich sehr nahe zu stehen, sondern auch denselben auf fast allen seinen Reisen im Greifswald...

Ich habe mich verpflichtet gehalten, schließt der Abg. Dirichlet, dem Hause von diesem Schreiben Kenntnis zu geben...

Abg. Graf Behr: Aus dem stenographischen Bericht sehen Sie ja selber ersehen haben, daß ich dem verstorbenen Grafen eine unerlaubte Wahlbeeinflussung nicht vorgehalten...

Die erste Beratung über den Gesetzentwurf, betz. die Verlängerung des Sozialistengesetzes wird eröffnet.

Bundesbevollmächtigter Staatsminister von Büttner: Meine Herren, der Herr Abg. Bebel — ich weiß nicht, ob er sich schon im Hause befindet — (Zuruf: Ja!) hat in dem Teil seiner gestrigen Rede eine überaus charakteristische Neuerung gethan...

Stirne einrennen können. (Bravo! rechts. Zuruf links: Das werden wir abwarten!) Meine Herren, das ist so die Klimax, in der sich diese Herren in ihrem Gedankengange theils verhält, theils unerschützt bewegen; zuerst die Republik, das ist das erste, was geschossen werden muß...

nicht vorlesen, aber ich will eine Skizze davon geben, oder nur daran erinnern, daß dieses Parteiblatt des Herrn Abgeordneten Bebel sich nicht entblödet hat, noch in den letzten Monaten die Königin Louise von Preußen, meine Herren, den guten Genius der preussischen Nation, in einer Weise mit Roth zu bewahren, (hört, hört! Psui! rechts) die jeder Beschreibung spottet und auch jede Andeutung des Inhalts für jeden gestitzten Menschen unmöglich macht...

verbündeten Regierungen sind nicht genügend bereit gewesen, die Lage der Arbeiter zu verbessern. (Bursus rechts: Da hört ja Alles auf!) Mit der Unfallversicherung ist das Bestium der kaiserlichen Botenschaft noch lange nicht erledigt. Die Arbeiter-schutzgesetzgebung hat die Reichsregierung geradezu gehindert, ich meine die Frage der Sonntagstruhe, der Frauen- und Kinderarbeit, des Normalarbeitstages u. s. w. Ein großes Kontingent zur Sozialdemokratie liefert auch die Staatsdienerschaft, welche nicht genügend besoldet ist. Endlich fördern die verbündeten Regierungen die Sozialdemokratie auch dadurch, daß sie keinen Anstand nehmen, bei den Wahlen sie heranzuziehen, wenn sie ihnen paßt. (Zustimmung links.)

Videatur München, videatur Hannover. Heute die Sozialdemokratie zu Hilfe rufen und morgen sie vernichten, das vertragen sich nicht. Herr Bebel, dieser ausgezeichnete Führer der Sozialdemokraten, hat dem Minister eine Lektion gelehrt, von der ich wünsche, daß sie in Hütten und auch in Palästen verstanden würde. Er hat gesagt, daß der Staat in seiner jetzigen Ordnung und die Kirche notwendig auf einander angewiesen seien. (Acht links.) Ich bitte die verbündeten Regierungen, einmal gründlich ihr Gewissen zu erforschen, ob sie immer und überall mit der nötigen Energie die Kirchen in die Lage gesetzt haben und seyn wollen, voll und ganz das zu leisten, was sie dem Staate gewähren wollen. Bis jetzt hat der Staat seine Bundesgenossen in Hütten geschlagen. (Zustimmung im Centrum.) Es ist ein Grundverbrechen des gegenwärtigen Regiments, die Sozialdemokratie mit mechanischen Mitteln mit physischer Gewalt vernichten zu können. Wer dies glaubt, versteht nicht die Macht der Ideen. Ich vertraue immer noch auf den gesunden Sinn, auf den frommen religiösen Sinn des Volkes. (Abg. Hasenclever: Frommer Glaube!) Der Staat ruhe die geborenen Feinde der Sozialdemokratie, die religiösen Orden, ins Land zurück. (Beifall im Centrum.) So lange Sie fortfahren, für jeden Ordensmann 5 Gendarmen und für jede Ordensfrau 10 Gendarmen anzustellen, werden Sie die Sozialdemokratie niemals schlagen. Ob man willkürlich im Lande ganz entschieden die Beibehaltung des Sozialistengesetzes wünscht, will ich nicht entscheiden. In den Gegenden, die ich kenne, würde man einen Abgeordneten, der für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmte, nicht wiedewählen. Eine Appellation an das Volk im Falle der Ablehnung würde für die Regierung nicht günstig ausfallen, um so weniger, als die Frannweinmoroche sehr für die Sozialdemokratie wirken wird. Ich bitte Sie nochmals, für meine Anträge zu stimmen. Alle diejenigen, welche denken, werden für mich sein, nur nicht die „Norddeutsche Allgemeine“. (Weiterkeit und Beifall.)

Abg. Dr. Marquardt (N.-L.): Ich glaube aus den Ausführungen des Abg. Windthorst den Schluss ziehen zu dürfen, daß er für eine modifizierte Vorlage zu stimmen bereit ist. Herr Windthorst wird ja in der Kommission, welcher wir uns nach dem Vorpange dieser anscheinlichen Partei nicht widersetzen wollen, Gelegenheit haben, seine Anträge näher zu begründen. Wir sind keineswegs prinzipielle Gegner der Milderung des Gesetzes. Das Sozialistengesetz hat jedenfalls bewirkt, daß durch Unterbindung der offenen Agitation die Ausbreitung der Sozialdemokratie über das platte Land verhindert ist; sowohl in Nord- als in Süddeutschland. Wer die Arbeiterdörfer auch fernher von dieser Agitation verschont wissen will, wird für die Fortdauer des Gesetzes eintrreten müssen. In zahlreichen ländlichen Wahlkreisen ist überdies ein Rückschlag für die Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen zu konstatieren. Die einzelnen bei der Ausführung des Gesetzes begangenen Mißgriffe, so häßlich sie sein mögen, können das Gesamtergebnis über die Wirksamkeit des Gesetzes nicht alterieren. Auch wir stimmen für die Kommissionsberatung in der Hoffnung, daß es gelingen werde, das Gesetz, welches die Regierung wünscht, in irgend annehmbarer Gestalt zu Stande zu bringen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Geyer (Sozialdemokrat): Wir erwarten von einer Kommissionsberatung nichts; in einer Kommission würde nur das alte Spiel wieder beginnen, welches auf die unänderechte Annahme des Gesetzes hinausläuft. Wir halten die Sache schon jetzt für spruchreif. Die Rechtfertigung seiner national-liberalen Freunde hat sich Herr Marquardt doch allzuleicht gemacht; diese Herren haben sich nicht bloß mit der Weigerung um unsere Stimmen begnügt, sie haben dabei auch Gesichtspunkte allgemein politischer Art verfolgt. Mich besuchte kurz vor der Stichwahl in Stuttgart zwischen den Nationalliberalen und dem Volksparteiler Schott einer der hervorragendsten Führer der Nationalliberalen Württembergs, ein vorziger Rechtsanwält, um mir klar zu machen, daß beide Parteien, wir und er, das dringendste Interesse hätten, den Volksparteiler hinauszumerken; die politische Entwicklung dränge mehr und mehr auf die Scheidung aller in zwei große Parteien, eine staatsbehaltende und eine radikalere, demnach hätten wir dasselbe Interesse an der möglichst raschen Vereibung der Mittelpar-

teien, und da könnten wir ja in Stuttgart mit der Volkspartei den Anfang machen. (Große Weiterkeit links.) Von den wohlthätigen Wirkungen des Gesetzes bezüglich des platten Landes entwirft Herr Marquardt ein falsches Bild; wir haben unter dem Druck des Gesetzes und begnügt, dort am meisten die Hebel anzusetzen, wo sie am leichtesten spielten, in den großen Städten, den Industriezentren. Wo wir unsere Agitation auf dem Lande trotz der Herrschaft des Gesetzes fortsetzten, haben wir keine Verluste, sondern Erfolge davongetragen, so im Nürnberger, Götter, Braunschweiger Wahlkreise. Die Behandlung, welche uns Herr v. Puttkamer angedeihen läßt, muß ich noch mit einigen Worten charakterisieren. Er springt in ebenso liebendwürdiger wie geistreicher Art mit seinen Gegnern um. Einmal erklärt er auf unsere Ausführungen mit der elegantesten Nonchalance so ganz von oben herab, daß sei Alles gar nichts gewesen, die Redner hätten sich nicht auf der Höhe der Situation bewegt. (Weiterkeit links.) Daß er aber etwa gestern auf der Höhe der Situation gestanden, wird er selbst nicht behaupten können, nur im Verächelnigen hat er Bedeutendes geleistet. Die andere Manier ist das Herausgreifen von Nebenfragen, an die er sich mit aller Verzweiflung klammert und die er benützt, um nach Kräften das rote Tuch zu schwenken. Einen Nachweis dagegen, daß wir mit unserem Programm gemeingefährliche Bestrebungen verfolgten, hat er nicht einmal zu erbringen versucht. Was hat denn das Bital aus dem „Sozialdemokrat“ über die Königin Louise mit unserer Partei zu thun? Solches soll uns nur über die völlige Unfähigkeit seiner Gründe täuschen, eine Kampfesweise, die ich als besonders nobel nicht bezeichnen kann. Uns gegenüber halten sie alle Kampfmittel für gerecht, die völlige Verachtung der Redlichkeit als eines engberzigsten Begriffs, scheint mir auch bei dem Rilege gegen uns Wlag gegriffen zu haben. Sie (rechts) können offenbar den Zeitpunkt, wo „die Flinte schleift und der Säbel haut“, gar nicht erwarten, ganz im Gegenjag zu uns. Wenn auch Bebel und Andere von meiner Partei sich als Gegner der Monarchie bekennen haben, so hat doch keiner von ihnen je gewollt, daß der Zusammenbruch von uns irgendwie gewaltsam vorbereitet wird; das wird von Vielen, die Herrn v. Puttkamer viel näher stehen als uns, bereits besorgt. Daß aber bei dem Zusammenbruch wenigstens eine lebensfähige Partei vorhanden ist, die weiß, was sie will, die aus den Trümmern etwas Brauchbares aufzurichten den Willen hat, das ist der Gedanke Bebel's. Ueber den Zeitpunkt des Eintritts dieses Ereignisses sind innerhalb unserer Partei die abweichendsten Meinungen vorhanden. Redner wendet sich dann zu den Nationalliberalen, denen er unter Verleitung eines angeblich von einem der bekanntesten ultrakonservativen Parteiführer aus Anlag des ersten Entwurfs zum Sozialistengesetz geschriebenen, im „Vörien-Kourier“ veröffentlichten Briefes — in welchem es u. A. heißt: „Die liberalen Hunde müssen gebauen werden, daß sie Blut spucken (große Weiterkeit), . . . der rote Lappen muß so lange vor dem liberalen Phylister geschwenkt werden, bis er in ihm den Feuerstein der sozialen Revolution zu sehen glaubt“ — vorhält, daß sie im Interesse der Erhaltung der liberalen Erungenschaften alle Urliche hätten, der Regierung auf dem jetzigen Wege ein Halt zuzurufen. Auf den roten Schreden folgt der weiße, und dem letzteren fallen erfahrungsgemäß auch alle freihellen Einrichtungen, Presse, Vereinsrecht u. dergl., zum Opfer. Daß unser Benehmen hier im Hause jetzt gegen früher geändert erscheint, ist nur die Folge der besseren Behandlung, die man uns jetzt hier zu Theil werden läßt, wir sind naturgemäß auch untererlei einengedungen, seitdem man aufgehört hat, uns als Banditen zu betrachten, seitdem man humaner gegen uns auftrat. Unsere Ueberzeugung ist, daß sich die Bahn der politischen Entwicklung zur Demokratie hin bewegt, und daß die Monarchie in nicht allzu fernher Zeit in allen Kulturstaaten ein überwundener Standpunkt sein wird. (Acht rechts.) Wenn Sie meinen, daß wir Unrecht haben, überzeugen Sie uns doch, daß die Monarchie für immer konserviert werden muß. Bis dahin vertreten wir unsere Ueberzeugung, wie Sie die Ihre. Herrn von Puttkamer belämpfen wir gar nicht als Urheber des Gesetzes, das ist der Reichsanzler, in dessen Regierungssystem diese Verfolgung liegt. Aber im Sozialistengesetz hat er uns die beste Basis für unsere Agitation geschaffen. Wir fürchten uns nicht davor, es wird auch diesmal angenommen werden, denn in der Kommission werden nur ganz unwesentliche Nebendinge geändert werden. Daron seien Sie nur fest überzeugt, wir werden Ihnen keine Gelegenheiten geben, uns vor die Mündung der Kanonen zu treiben, wir treiben nur die Propaganda der Idee. Wenn Sie auf einen Zwischenpunkt in unserer Partei spekulieren, so irren Sie sich. In unserer Partei besteht als einzig Bindendes das Parteiprogramm, Reinigungsverschiedenheiten Einzelner haben gar nichts zu sagen. Wenn wir uns untereinander die Meinung sagen, so thun wir es in der festen Ueberzeugung, daß wir dies

bei der Stärke unserer Grundzüge sehr gut können. Die Reibung erzeugt die nötige Wärme und Leben für die Partei. Mögen sich die sogenannten Ordnungsparteien auch diesmal vereinen, uns auszurollen, und mache das nur einig. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Antrag auf Vertagung wird gegen die Stimmen der Deutschfreistäniger, der Nationalliberalen und Sozialdemokraten abgelehnt, dagegen ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen dieselbe Minorität angenommen.

Bayrischer Ministerialrath v. Kasperer verweist die bayrische Regierung gegen die Infstruktion, als ob bayrische Beamte in München für Sozialdemokraten gestimmt hätten.

Auf hiermit aufs Neue eröffnete Debatte wird abermals auf Antrag des Abg. v. Köller geschlossen.

Es folgt eine Reihe von persönlichen Bemerkungen.

Abg. Singer: Ich überlasse es dem Geschmaek des bayrischen Reichstages, die Ausfrage eines von ihm selbst als Polizeispion bezeichneten Mannes in Bezug auf ihre Wahlpflichtigkeit mit demselben Maße zu messen, wie die Wahlpflichtigkeit eines Reichstagsabgeordneten, der sich auf das Zeugnis zahlreicher ihm seit Jahren als brav bekannter Arbeiter stützt. Sind denn die Abgeordneten Vorias, daß man den Wahlschein (also rechts) ihre Wirthschaften in einen Rang zu bringen mit denen von Leuten, die er selbst so gekennzeichnet hat? Im Uebrigen werde ich mir nachher erlauben, dem Herrn Minister die zwei Zeugen für meine Behauptungen zu nennen. Ich behalte mir die übrigen sechs Zeugen für die Gerichtsverhandlung vor, damit diese nicht angeklagt werden und nachher selbst ohne Zeugen sind.

Abg. Krücker erklärt gegenüber den Ausführungen des Ministers, daß, als die Druckerei geschlossen wurde, nicht hundert Mitglieder des Vereins noch vorhanden waren, sondern nur einzelne Leute, die nicht aufzufinden waren. Die Regierung zu Breslau habe selbst das Geld, welches er für diese Leute hinterlegen wollte, zurückgewiesen.

Abg. Frohne findet in den Ausführungen des Referenten für Hamburg, Dr. Versmann, seine Behauptungen über die Behandlung des Grünberg vollaus bestätigt. Sei die Anordnung eines Vorgehens erfolgt, so erziehe die Sache dadurch nur noch viel schlimmer.

Abg. Mayer (Württemberg): Der Abg. v. Schlieckmann hat meine gestrigen Ausführungen vollkommen mißverstanden. Ich bemühe mich zwar gern, Mißverständnisse zu vermeiden, Nord- und Süddeutschland, wenn ich in Berlin auszugleichen. Sie sind ja ohnehin nicht mehr so bedeutend wie früher. Hier muß ich aber auf eine gründliche Klärung des Mißverständnisses verzichten, und sage nur: Ich habe nicht gesagt, daß die Volkspartei sich gegen die Sozialdemokraten auf die Soldaten verlaße. Ich habe nur ein Scherzwort gebraucht, daß ich von Bauern gehört habe. Meine Bemerkung konnte nur den Sinn haben, daß die Einrichtungen des Reiches so fest gefügt sind, daß wir das Sozialistengesetz wahrhaftig nicht brauchen.

Abg. Fischer (nat.-lib.) widerspricht der irrthümlichen Auffassung, als habe er in München in einer Rede am 6. November 1884 um die Unterstügung der Sozialdemokraten in die Wahl seines Kollegen Seidmar gebeten. Der letztere habe das gar nicht von Mißen gehabt, denn er sei im ersten Wahlgange durchgekommen. (Acht links.)

Abg. Windthorst bemerkt, daß er sich dem Protokoll des bayrischen Bundesvollmächtigten gegenüber auf die Verhandlungen des bayrischen Reichstages speziell die Rede des Grafen Brestling beziehe.

Abg. v. Szeganiadi (Pol.) giebt in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung die Erklärung an, daß seine Partei durch den Schluß der Debatte verhindert worden sei, ihre Meinung zu äußern. Er und seine Freunde seien wie früher gegen alle Ausnahmefälle. Gleichwohl würden sie für die Ueberweisung an eine Kommission stimmen.

Auch Abg. v. D. Decken (Deutsch Honnov.) bedauert durch den Schluß der Debatte nicht zum Worte gekommen zu sein.

Das Gesetz wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an eine Kommission von 21 Mitgliedern zur Beratung überwiehen.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Erste Beratung des Nachtrages zum Weltpostvertrage. Zweite Beratung des Nord-Disee-Kanals.)

Theater.

Sonnabend, den 20. Februar.

Opernhaus. Der Trompeter von Säckingen.
Schauspielhaus. Adrienne Lecouvreur.
Deutsches Theater. Die armen Reichen.
Kätkner-Theater. Alfred's Briefe.
Rehablung-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).
Wells-Alliance-Theater. Die schöne Helena.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Heuerbaron, von Joh. Strauß.
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin.
 Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspieler und 3 Akten von Jakobson und Witten.
Louisenstädtisches Theater. Abracadabra.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Viktoria-Theater. Däumling.
Wend-Theater. Das Loos der Armen.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Raufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.
 Wallnertheaterstraße 16.
 Heute:
 Benefiz für Herrn Max Gerike.
Der Mann
 mit
der eisernen Maske.
 Aktor. Drama in 5 Akten nach dem Französi.
 Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
 Anfang des Konzerts Donnerstags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Wons haben Donnerstags Willigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Lodes-Anzeige.

Den Mitgliedern der Krankenkasse der Bau- und Fabrikarbeiter Berlins zur Nachricht, daß unser langjähriger Vorsitzender Herr **Joseph Wenjel** am 17. d. M. nach langem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. M., Mittags 1 Uhr, vom Trauerhause Königsbergerstr. 5 aus statt. 760
 S. Häding.

Arb.-Bez.-Verein der Dranienburger Vorstadt u. d. Wedding.
 Montag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr,
Versammlung
 im **Wedding-Park Müllerstraße Nr. 178.**
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellt sich der Verein zu den Kommunalwahlen? Referent Herr Tischler Voigt.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten.
 — Zu dieser Versammlung sind die Stadtverordneten der Arbeiterpartei eingeladen. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand. 756

Fachverein der Drechsler, Knopf-arbeiter und Berufsgenossen.
 Dienstag, den 23. Februar, Abends 8 Uhr,
Mitglieder-Versammlung
 in **Peller's Lokal, Andreassstr. 21 (N. Saal).**
 Vortrag des Stadtd. Herrn Göckl. [764]

Gr. öffentl. Versammlung der Drechsler und verw. Berufsgenossen
 am Sonntag, den 21. d. M., Vorm. 10 Uhr, in **Präuer's Salon, Gr. Frankfurterstr. 74/75.**
 Tagesordnung siehe im redaktionellen Theil dieser Zeitung. Es ist Pflicht eines jeden Berufsgenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Lohn-Kommission. 762]

Mitglieder-Versammlung

des Fachvereins der
Lithographirer
 am Montag, den 22. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in **Freesel's Salon, Grenadierstraße Nr. 33.**
 Tagesordnung:
 Vortrag des Herrn H. Sants über: „Lungenleiden und deren Heilung“. — Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen. 757
 Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung sämmtlicher Stuhl-Arbeiter und Berufsgenossen
 am Sonntag, den 21. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, **Große Frankfurterstr. 117 (Königsbani).**
 Tagesordnung:
 Die kulturhistorische Bedeutung der Weberei und die inneren sozialen Verhältnisse derselben. Referent Herr Reichstagsabgeordneter H. Arn. Alle Berufsgenossen, insbesondere deren Vornungsstände, sind dringend eingeladen. [755]

Nationale Kranken- und Begräbnis-Kasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen.

Montag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr,
Mitglieder-Versammlung
 im **Schultheiß'schen Saale, N. Jakobstr. 24/25.**
 Tagesordnung:
 1. Rechenschafts- und Kassenbericht. 2. Wahl der Beamten. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches wie pünktliches Erscheinen wird gebeten. [759]
 Der Vorstand. J. A.: G. Hoffkamp.

Keine Desillations-, Bier-, Frühlücks- und Billardstube, sowie Bayenhofer u. helles Lagerbier a Glas 10 Pf. empfehle beifens
A. Barthel,
 Rottbuiser Damm 58 (Hermann-Platz 4).

Passage 1 Treppe. 9 u. 10. bis 10 u. 11.

Kaiser-Panorama

In dieser Woche: Die nordische Reise durch Holland, Schweden, Norwegen, Hertha-Reise, Karolinen-Inseln, eine Reise zu Bl., Kinder nur 10 Pf. einbillets.

Von heute ab verlaufen wir
Gemahlene Maffinade
 fein und kömig, 2 Bfd. 55 Pf.,
Würfel-Zucker
 1 Bfd. 30 Pf.
 Täglich frisch gerösteten Kaffee a Bfd. 80 Pf. aufschmedend.

ff. Mocca-Melange,
 kräftig und von sehr feinem Aroma, a Bfd. R. 1.00, M. 1.20 und R. 1.40, bei 5 Bfd. a 5 Pf. billiger.

Bruch-Kaffee (kein Surrogat),
 a Bfd. R. 0.60.

Thee, Cacao, Chokolade

billigst.

Gebrüder Maass

Berlin,
Admiralstr. 40, am Kottbuser Thor.
 1 Piano, f. g., 15 Thlr., z. v. Dranienstraße 4, u. s. w.

Fleißige gewandte Leute finden als Arbeiter lohrende Beschäftigung in unserer Arbeiterversicherung. Meldungen Bureau der Friedrich-Wilhelm-Gesellschaft, Dauerstr. 63—65, parterre.